

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilung nach dem Gesetz vom 2. März 1901 für den folgenden Tag. Druckzeit bis 10 Uhr. Die Zeitungen werden bis 10 Uhr in der Stadt monatlich 4.40 M., auf dem Lande 4.50 M., durch die Post bis zum 1. März 1921 mit Zustellungsgebühr. Die Postanfragen und Bestellungen werden unter Angabe der Namen der Besteller und der Adressen der Besteller angenommen. Im Falle einer Abwesenheit des Bestellers wird die Zeitung an den nächsten Verwandten oder an den Postamtbesitzer übergeben. Bei der Zeitung kann ein Auftrag auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bestellscheins.



Verleger: Hermann Käffig, für den Inhaber: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff. Druck: Arthur Zschunke, Wilsdruff. Preis: 1 M. für die 48 Hefen. Abonnement: 48 M. für ein Jahr. Einzelhefte: 2 M. für ein Jahr. Die Zeitungen werden bis 10 Uhr in der Stadt monatlich 4.40 M., auf dem Lande 4.50 M., durch die Post bis zum 1. März 1921 mit Zustellungsgebühr. Die Postanfragen und Bestellungen werden unter Angabe der Namen der Besteller und der Adressen der Besteller angenommen. Im Falle einer Abwesenheit des Bestellers wird die Zeitung an den nächsten Verwandten oder an den Postamtbesitzer übergeben. Bei der Zeitung kann ein Auftrag auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bestellscheins.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inhaber: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 27.

Mittwoch den 2. Februar 1921.

80. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### Rönig-Albert-Stiftung betr.

Am 23. April d. J. sollen die Zinsen der unter Verwaltung des Stadtrats stehenden Rönig-Albert-Stiftung an einen, evtl. auch an zwei Bewerber nach noch näher zu beschließendem Verhältnis auf ein Jahr zur Verteilung kommen.

Zweck der Stiftung ist, befähigten und bedürftigen Werksgehilfen und Handwerkslehrlingen, die Söhne hiesiger Bürger sind und die hiesige Bürgerschule mindestens vier Jahre lang besucht haben sollen, zu ihrer weiteren Ausbildung dars Geldbeiträgen aus den Zinsenerträgen der Stiftung zu gewähren.

Bewerber haben schriftliche Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufes und ihnen zur Verfügung stehender Zeugnisse beim unterzeichneten Stadtrat einzureichen und in dem Gesuche anzugeben, wo und in welcher Weise sie sich in ihrem Berufe weiterbilden wollen. Hierbei erhalten solche Personen den Vorzug, die eine Fachschule besuchen und während dieser Zeit in ihrem Gewerbe nicht gegen Entgelt tätig sein können.

Auswahl unter den Bewerbern steht dem Stadtrat zu. Wir geben solches hiermit bekannt und fordern zur Bewerbung bis längstens zum 1. März 1921 auf.

Wilsdruff, am 1. Februar 1921.

2106

Der Stadtrat.

### Rugholzversteigerung. Spechtshausener Staatsforstrevier.

Gasthof zu Spechtshausen, Mittwoch den 9. Februar 1921 vorm. 1/2 10 Uhr: 8425 m. Stämme 10/36 cm, 1097 m. Röße 7/36 cm, 355 Verbhänge 8/14 cm, 220 Reishänge 4/7 cm sowie ca. 60 fm buchene Röße, Rohschläge in Abt. 10, 15, 34 u. 46, Durchforstung in Abt. 5, 30, 34, 35, 38 u. 43 und Einzelhölzer in Abt. 4, 29, 34, 37 u. 38.

Forstrevierverwaltung Spechtshausen.

Forstrentamt Tharandt.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Im Reichstag ist beabsichtigt, zur Erinnerung an die Gefallenen den ersten Sonntag im März zu einem nationalen Trauertage zu erklären.

\* Der Weihbischof von Freiburg i. U., Dr. Knecht, ist gestorben.

\* Der Vognmangel im Ruhrbezirk nimmt einen gewaltigen Umfang an. Am 28. Januar fehlten 10 622, am 29. Januar 6677 Wagen.

\* Die Beschlüsse der Pariser Konferenz sind in Form von Noten in Berlin eingetroffen.

\* In der Montagskammer des Reichstages erklärte Reichsaussenminister Dr. Simons, daß Deutschland zu einer Ende Februar in London stattfindenden Konferenz eingeladen worden sei.

### Klarheit.

Der Exekutor steht vor der Tür — das ist die Lage, in die wir durch die Beschlüsse der Pariser Konferenz gebracht worden sind. Noch vor wenigen Tagen, als sich am politischen Himmel abzuzeichnen begann, was die Alliierten diesmal gegen uns in der Schilde führen, suchten diese und jene Organe der Öffentlichkeit mit billigem Spott oder mit künstlerisch zur Schau getragener Gleichgültigkeit das neue Unheil abzuwehren, das gegen Deutschland heraufzog. Heute werden sie einsehen, daß auf so leichte Weise mit der Entente nicht fertig zu werden ist. Für diese besteht keine Bindung des Versailler Vertrages, keine Schranke in der Auferlegung immer neuer Verpflichtungen gegen den deutschen Schuldner von dem, ohne daß man sich der Mühe einer Beweisführung unterzieht, frech und trotz behauptet wird, daß er bösen Willens sei und deshalb unter härteste „Strafbestimmungen“ genommen werden muß. Hat jeder gute Deutsche schon aufgeschrieben vor Schmerz, als für die Abenteurer eine Befreiungsschrift von 15 Jahren beschlossen wurde, so nehmen sie jetzt die Alliierten einfach das Recht, selbst diese Frist noch in alle Unmöglichkeit hin zu verlängern und dazwischen weitere Teile des Deutschen Reiches für die Stellung unter Fremdherrenschaft in Aussicht zu nehmen. Die Milliardenziffern von Doulogne hat kein Mensch in Deutschland sonderlich ernst nehmen wollen, weil er sie für Hirngespinnste hielt. Jetzt kommen Briand und Lloyd George und einigen sich auf Entschädigungssummen, die in deutsche Werte übertragen, schon gar in die Tausende von Milliarden sich verlieren. Statt 30 Jahre wollen sie uns 42 Jahre lang in Schuldschuldhaft erhalten, als wenn es einzig und allein bei ihnen lände, den Gang der Weltgeschichte auf viele Jahrzehnte hinaus nach ihrer Laune zu bestimmen. Und obwohl wir nicht den leisesten Wunsch nach Ausnahme in den Bältebund ausgesprochen haben, wird uns in Anbetracht der ganzen Welt in aller Form und Feierlichkeit der Schimpf angetan, daß gesagt wird, man wolle uns in dieser Gesellschaft nicht sehen, und auch damit noch immer nicht genug, man schreie, noch ehe Deutschland über die Pariser Beschlüsse auch nur gehört worden ist, zu einer Strafmaßnahme, von der der Friedensvertrag kein Sterbenswortchen weiß, indem man das deutsche Zollsystem unter Kontrolle nimmt. Zunächst unter Kontrolle — mit der gleichzeitigen Androhung voller Übernahme der Zollverwaltung, falls Deutschland auch nur den leisesten Widerstand gegen diese Willkürlichkeiten der Ententestaaten erkennen läßt. Den Vorwand dazu hat man sich rasch geschaffen. Man belegt einfach die deutsche Wareneinfuhr mit einer Steuer von 12% Prozent, zu welcher der Ententestaaten selbstverständlich, und erklärt dann, der Sicherheit wegen, zu einer Bewusstseinsbildung der deutschen Zolltarife schreiben zu müssen.

Natürlich fehlt es auch in der Entwaffnungsfrage nicht an neuen Zumutungen ehrenkränkender Art, und um das Bild der Schande voll zu machen, wird die Gesamtheit dieser Beschlüsse hinterher bei ihrer Übermittlung an die deutschen Empfangsstellen mit einem widerwärtigen Gemisch von hochheißer Eitelkeit und gepreizter Worthäufigkeit überossen, nebst der nie fehlenden Selbstbescheinigung, daß man nicht leichtfertig zu Werke gegangen, sondern daß allen in Betracht zu ziehenden Umständen Rech-

nung getragen sei. Wie das Raubtier, das sein Opfer erst einmal durch den nach Blut lechenden Ausdruck seiner Augen um die Befinnung bringt, um sich an seiner Verzweiflung zu weiden, so wurden von Frankreich und England zunächst ihre Berliner Vorkämpfer auf unser unwürdiges Amt losgelassen, um sie unmittelbar vor dem Zusammenstoßen der Pariser Konferenz durch einen gemeinschaftlichen Druck in die Irre zu führen und wehrlos zu machen. Jetzt glauben sie uns so weit zu haben, daß sie aufstehen können, und der Exekutor, der ihnen den Raub hohlen soll, steht bereits zum Aufmarsch fertig wohl gerüstet am Rhein. Und zu diesem freudvollsten Spiel haben England und Frankreich nicht nur, sondern auch Belgien und Italien und das ferne Japan Ja und Amen gesagt. Das sollen, das dürfen wir nicht vergessen, was nun auch kommen mag.

Was aber wird nun kommen? Schon hat der Reichstag alle sonstigen Aufgaben, die seiner barren, beseitigte geblieben, und das Reichskabinett ist in ununterbrochener Tätigkeit, um sich darüber klar zu werden, was geschehen muß. Für die nötige Klarheit hat schon die Entente mehr als reichlich gesorgt. Das deutsche Volk in allen seinen Teilen wird danach hoffentlich nicht einen Augenblick zweifeln, was zu tun seine Pflicht ist.

### Die Bedingungen der Alliierten.

Das Begehrtschreiben, mit dem die Bedingungen der Alliierten dem Vorstehenden der deutschen Friedensdelegation übergeben wurde, trägt die Unterschrift Briands. Darin heißt es: Die Alliierten haben zu wiederholten Malen und heute wiederum für die Entwaflung neue Fristen zugestanden, indem sie den Schwierigkeiten Rechnung tragen, denen die deutsche Regierung bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage begegnet. Sie sind der festen Zuversicht, daß die deutsche Regierung die Alliierten, welche ihre früher gefassten Beschlüsse bestätigen, nicht in die Notwendigkeit versetzen werden, die schwere Lage ins Auge zu fassen, die entstehen würde, wenn Deutschland darauf beharrte, seinen Verpflichtungen nicht nachzukommen. Bevollmächtigte Vertreter der deutschen Regierung werden eingeladen werden, sich Ende Februar mit den Vertretern der alliierten Regierungen in London zu begegnen.

### Entschädigungsforderungen.

Nach den Pariser Beschlüssen soll Deutschland sofort der Wiedergutmachungskommission Vorschläge übergeben, die auf den Überbringer lauten und welche zu jenen Fristen zahlbar sind, die im § 1 des Artikels des Pariser Abkommens zahlbar sind. Die Höhe dieser Vorschläge wird den Halbjahresraten entsprechen, die Deutschland zu entrichten hat. Die Wiedergutmachungskommission wird Befehle erteilen, um jenen Rateten die Begebung zu erleichtern, die den ihnen zustehenden Anteil dieser Rate zu begeben wünschen.

### Beschlagnahme der Jolleinnahmen.

Die Gesamtheit aller deutschen Jolleinnahmen soll für Rechnung der deutschen Regierung durch einen Generalvollstreckler einfließen werden. Die deutsche Regierung hat diesen mit Zustimmung der Wiedergutmachungskommission zu erkennen. Falls Deutschland mit einer Zahlung die im Pariser Abkommen vorgesehen ist, im Rückstand bleibt, werden die Alliierten vor, daß die ganze oder ein Teil der Jolleinnahmen von dem Generalvollstreckler durch die Wiedergutmachungskommission abgenommen und von dieser zur Durchführung der Verpflichtungen Deutschlands verwendet wird. Falls die Wiedergutmachungskommission es für notwendig erachtet, kann sie selbst die Verwaltung der Jolleinnahmen Deutschlands in ihre Hände nehmen. Die Wiedergutmachungskommission kann die deutsche Regierung zwingen, ihre Jolltarife zu erhöhen. Wenn die Maßnahmen ohne Wirkung bleiben, behalten sich die Alliierten weitere Maßnahmen vor.

### In der Entwaffnungsfrage

wird behauptet, daß trotz der hohen Zahlen des gegenwärtig angelegerten und zerstörten Materials die Entwaflung Deutschlands weit davon entfernt sei, beendet zu sein. Zu befehlen ergibt sich ein bedeutender Überschuß dadurch, daß die Verminderung auf 100 000 Mann der Heeresstärke nicht mit der Ablieferung des dieser Verminderung entsprechenden Materials Schritt gehalten und eine große Menge Material

bei den Truppenbeständen, in den Depots und Arsenalen sich angehäuht habe. Die Zivilbevölkerung besitze noch zahlreiche Waffen. Die deutsche Regierung habe die Auslieferung des Artilleriematerials von Küstrin, Boven und Königsberg aufgehoben. Was die Reichswehr anbelangt, wird die deutsche Regierung aufgefordert, die Abfertigung über das neue Reichswehrgesetz zu beschleunigen, das gegenwärtig dem Reichstag vorliegt, nachdem sie die nötigen Änderungen vorgenommen hat, um dieses Gesetz in Übereinstimmung mit dem Friedensvertrag zu bringen. Diese Entscheidungen sollen vor dem 15. März getroffen werden. Insbesondere ist der Übergang an Offizieren und Beamten der Zentralverwaltung zu unterdrücken. Diese Dispositionen sollen vor dem 15. April 1921 getroffen werden.

### Der Ruin von ganz Europa.

Der für Amerika bestimmte Artikel Rittis im „Secolo“ über den Versailler Frieden, der noch vor der Pariser Konferenz geschrieben ist, enthält ein geradezu vernichtendes Urteil über das gesamte Friedenswerk. Es heißt darin, der Vertrag, von Haß und Rachegefühl diktiert, wolle nicht nur die Besiegten unterdrücken, sondern ihre Lebenskraft beseitigen. Ein solcher Friede sei beispiellos in der neueren Geschichte und finde sich nur im grauen Altertum wieder. Niemals habe man gewagt, ein solches System anzuwenden. Unmöglich könnten die Deutschen durch Generationen solch ein Elend ertragen, vielmehr müßten auch die Sieger Lasten übernehmen und die deutsche Schuld so bemessen, daß sie von der jetzigen Generation in wenigen Jahren abgetragen werden könne, sonst gingen Sieger und Besiegte miteinander zugrunde.

### Eine Warnung aus Amerika.

Nach einer Radiomeldung aus New York soll der amerikanische Finanzmann Vanderbilt in einer Unterredung erklärt haben, niemals könne Deutschland die verlangte Summe bezahlen. Die Höchstsumme, die Deutschland jemals zahlen könne, würde drei Milliarden jährlich nicht übersteigen. Vanderbilt glaubt, daß Deutschland sich weigern werde, die Beschlüsse der Konferenz anzunehmen.

### Englische Pressestimmen.

Die Beschlüsse der Pariser Konferenz finden in der englischen Presse allgemeine Zustimmung, vor allem wegen des Beweises der Unverbrüchlichkeit der Entente. Alle Blätter heben hervor, daß die Zustimmung Deutschlands abgewartet werden muß. Sie veröffentlichen Telegramme ihrer Berliner Korrespondenten, in denen die geschlossene Front der deutschen Presse vom „Reichsbote“ bis zum „Vorwärts“ gegen die Annahme der Pariser Beschlüsse dargestellt wird. Die Blätter bringen auch Berichte ihrer Korrespondenten in Amerika, aus denen hervorgeht, daß man dort der Ansicht ist, daß die von den Alliierten angeforderte Entschädigung zu hoch ist. „Observer“ schreibt im Leitartikel, daß das Abkommen zur Stabilisierung der unmittelbaren Lage beitragen würde, nennt aber die auf 42 Jahre festgelegte Frist für die Entschädigungszahlung phantastisch. Die Tatsache, daß die Ergebnisse von 1918 nicht nur vorausgesetzt, sondern sogar vorgeschrieben werden, erwecke mehr Heiterkeit als Einbruch. Das Blatt veröffentlicht eine Rundgebung Lord Roberts Cecil zu dem vom Obersten Rat erzielten Abkommen, worin er erklärt, irgendeine Lösung sei besser als gar keine.

### Die Stellung der Reichstagsfraktionen

#### Einigkeit von rechts bis links.

Eine Umfrage bei den Führern der Reichstagsfraktionen wegen der Ententeforderungen hat ergeben, daß alle Fraktionen von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen die Pariser Beschlüsse für unannehmbar erklären. Der Führer der Demokraten, Senator Peterßen, nennt die Pariser Beschlüsse einen Unfinn und eine Unmöglichkeit. Sie bedeuteten Sklaverei. Dann möge die Entente aber auch den Sklavhalter stellen, denn kein deutscher Mann würde solche Forderungen unterschreiben. Der Abgeordnete Gothein erklärt, Deutschland sei völlig außerstande, solche Summen zu zahlen. Das bedeute die Vernichtung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und wäre ein Selbstmord jedes Wirtschaftslebens. Professor Kahf von der Deutschen Volkspartei sagt: Jetzt räche sich die Annahme des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung in Weimar.